

AUSGABE 3 | 2021

STÄDTETAG AKTUELL



Inhalt

IM BLICKPUNKT

Städtetag zur Lockdown-Verlängerung

13. Integrationsgipfel

Städtetagsstudie zum Umgang mit kommunalen Daten

Frauen in der Kommunalpolitik

Energieberatung in den Städten

AUS DEN STÄDTEN

Abbiegeassistenten in Gütersloh

Forschungsprojekt zum Radfahren im Winter in Hamburg

FORUM

Wie wurde Chemnitz Kulturhauptstadt?

IT-Anforderungen für neue Verwaltung

FACHINFORMATIONEN

**„Unser Land hangelt sich von
Lockdown zu Lockdown.
Das wird für die Menschen
immer anstrengender.“**

Oberbürgermeister
Burkhard Jung
Präsident des Deutschen
Städtetages



Foto: Michael Bader

Lockdown-Verlängerung über Ostern verlangt Geschlossenheit

Der Deutsche Städtetag hat zwiespältig auf die Beschlüsse von Bund und Ländern reagiert: „Die Verlängerung des Lockdowns ist bitter. Aber sie war jetzt nicht zu vermeiden, weil Bund und Länder Anfang März zu viel Hoffnung auf Öffnungen geweckt haben“, sagte Städtetagspräsident Burkhard Jung am 23. März der Deutschen Presse-Agentur. Der Anstieg der Infektionen sei absehbar gewesen und die Teststrategie hätte man erst einmal „vernünftig vorbereiten müssen.“ Der Städtetagspräsident und Leipziger Oberbürgermeister sagte weiter:

„Unser Land hangelt sich von Lockdown zu Lockdown. Das wird für die Menschen immer anstrengender. Es war richtig, Anfang März Strategien für Öffnungsschritte vorzulegen. Aber das Testen, Testen, Testen war noch nicht für die Praxis unterlegt. Und die Mutationen haben sich nicht überlisten lassen. Die Städte haben bei der Umsetzung der Corona-Beschlüsse immer mitgezogen. Doch es gab Frustration nach der vergangenen Runde. Die kann jetzt nur aufgelöst werden, wenn Bund und Länder die Menschen von

ihrer Politik überzeugen können. Das geht nur mit Geschlossenheit und einer klaren Linie. Das geht nur, wenn die Notbremse nicht umgangen wird. Die Beschlüsse sind ein Signal der Geschlossenheit. Sie versprechen, die Notbremse bei einer Inzidenz über 100 konsequent anzuwenden.

Die Menschen sehnen sich nach Lockerungen des Lockdowns. Unsere Innenstädte leiden. Öffnungsschritte müssen angesichts stark steigender Infektionszahlen aber sorgfältig abgewogen und geplant werden. Wir sind in der dritten Welle gelandet und müssen sie jetzt brechen. Wir müssen verhindern, dass sich die Lage auf den Intensivstationen wieder zuspitzt.

Das Impfen muss rasch vorangehen, hoffentlich ohne neue Hiobsbotschaften. Und wenn die Infektionszahlen wieder spürbar zurückgehen, müssen Öffnungen auf der Basis einer ausgeweiteten Teststrategie stattfinden. Dann kommt hoffentlich auch für viele Geschäfte, Gastronomiebetriebe, für Sportvereine und Kulturschaffende Licht am Ende des Tunnels in Sicht.“

13. Integrationsgipfel: Chancen der Vielfalt – Chancen für unser Land

Im Mittelpunkt der Beratungen von rund 120 Vertreterinnen und Vertretern aus Bund, Ländern, Kommunen, Migrantenorganisationen, Wirtschaft, Kultur, Medien und Sport beim 13. Integrationsgipfel stand der Abschluss der mehrjährigen Arbeiten am Nationalen Aktionsplan Integration der Bundesregierung.

Dafür wurden die Ergebnisse der Phasen IV (Zusammenwachsen) und V (Zusammenhalt) des Nationalen Aktionsplans Integration vorgestellt. Konkret ging es um die Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen und Diversitätsstrategien etwa im organisierten Sport, in der Gesundheitspolitik, der Stadtentwicklung und beim Wohnen bis hin zu den Bereichen Medien und Kultur. Weiteres Thema war die Frage, wie Diskriminierung, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nachhaltig bekämpft werden können. Auch die Themen Einbürgerung, Politische Bildung und Partizipation sowie Diversity in der Wirtschaft wurden behandelt.

Anlässlich des 13. Integrationsgipfels sagte der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig:

„Die aktuellen Folgen der Corona-Pandemie und die dadurch gebundenen Ressourcen machen den Integrationsprozess nicht einfacher. Dieser Prozess verlangt erhebliche Anstrengungen. Die Städte bauen ihr Engagement in der Integrationspolitik stetig aus und entwickeln es weiter. Das gilt für die unterschiedlichsten Bereiche, z. B. Wohnen, Arbeit, Kultur, Sport, soziales Miteinander. Damit bereits erzielte Erfolge der Integration nicht scheitern, müssen alle Beteiligten in Bund, Ländern und Kommunen immer wieder neu und gemeinsam geeignete Lösungen finden. Und klar ist auch: Erfolgreiche Integration braucht immer auch ausreichende finanzielle Mittel. Hier sehen die Städte Bund und Länder weiterhin in der Pflicht, die bis-

herigen erfolgreichen Integrationsprozesse vor Ort in den Städten auch zukünftig auskömmlich zu unterstützen.

Städte schaffen Zuhause. Sie engagieren sich, damit das gesellschaftliche Miteinander der Menschen gelingt und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefestigt wird. Eine wesentliche Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ist die erfolgreiche Integration der Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen zu uns gekommen sind und bleiben werden. Wenn diese Menschen hier ihre neue Heimat finden und wir alle ungeachtet von Herkunft im gegenseitigen Respekt zusammenleben, dann war Integration erfolgreich.“

TITELFOTO

Eiersuche an der Schwebbahn



Bis Ostermontag sind an allen 20 Bahnhöfen der Wuppertaler Schwebbahn bunte Eier versteckt. Wer davon ein Selfie postet, nimmt an einem Gewinnspiel teil. Damit will die Schwebbahn sich für die Geduld ihrer Fahrgäste bedanken. Denn bis zum Sommer fahren die Bahnen wegen aufwendiger Sanierungen nur am Wochenende.

(Foto: silberkuhl/ötant)

Neue Studie des Städtetages: „Die Stadt der Zukunft mit Daten gestalten“

Die Städte fordern eine breite gesellschaftliche Debatte zur Datennutzung und faire Regeln für den zukunftsweisen Umgang mit kommunalen Daten. Dazu veröffentlicht der Deutsche Städtetag Anfang März gemeinsam mit der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH die Studie „Die Stadt der Zukunft mit Daten gestalten“.

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, betonte: „Schnell etwas gegoogelt oder die Abfahrtszeit der nächsten Bahn gecheckt: Wir alle produzieren Daten. Deshalb ist eine breite ge-

sellschaftliche Debatte über den Umgang mit unseren Daten längst überfällig. Gerade in der aktuellen Pandemie sehen wir, wie sehr gute Entscheidungen von guten Daten abhängen. Wenn wir heute klug mit kommunalen Daten umgehen, schaffen wir einen Mehrwert für morgen. In den Städten muss das Thema Daten Sache der Chefinnen und Chefs sein.“

Die Studie präsentiert verschiedene Handlungsfelder und gibt konkrete Handlungsempfehlungen in den vielfältigen Bereichen kommunaler Datennutzung. Basis sind die Erfahrungen ausgewählter Expertinnen und

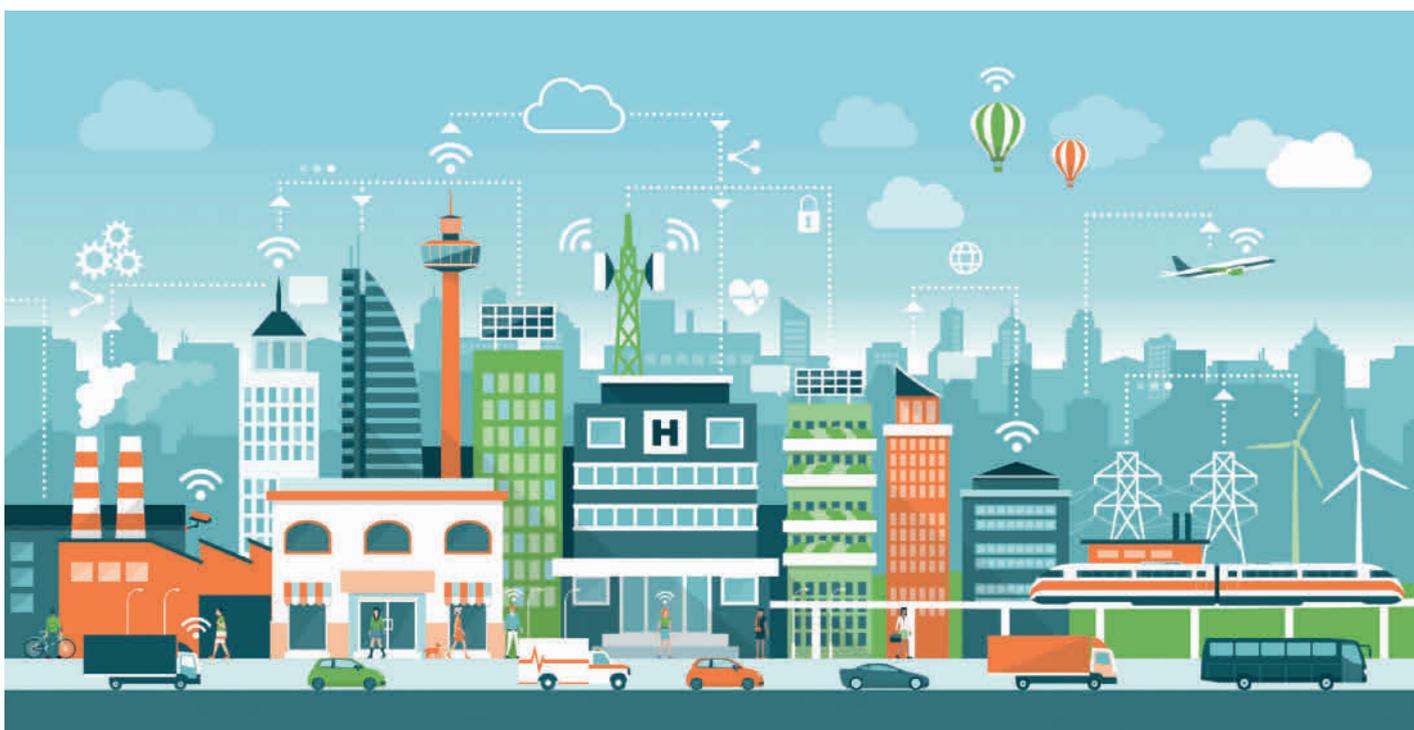


Foto: istock.com/elenabs

Foto: Laurence Chaperon



„Wenn wir heute klug mit kommunalen Daten umgehen, schaffen wir einen Mehrwert für morgen. In den Städten muss das Thema Daten Sache der Chefinnen und Chefs sein.“

Helmut Dedy
Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

Experten aus den Mitgliedstädten des Deutschen Städtetages.

Daten geben ein präzises Bild des gesellschaftlichen Zusammenlebens und erleichtern die Planung für die Zukunft. Am deutlichsten ist das schon heute im Verkehr sichtbar. Mobilitätsdaten zeigen in Echtzeit, wo der Verkehr stockt oder helfen bei der Planung eines neuen Radwegs.

Der Umgang mit kommunalen Daten müsse gemeinwohlorientiert sein, sagte Dedy: „Daten sind nicht neutral. Wir müssen bedacht mit ihnen umgehen und abwägen, wie wir sie für die Gemeinschaft nutzen wollen. Können wir auf Grundlage von Daten automatisch über den Zugang zu Sozialleistungen entscheiden? Wird bei der Jobsuche eine Bewerberin aufgrund bestimmter Merkmale vom Algorithmus direkt aussortiert? Wir müssen ungewollte Auswirkungen und ethische Aspekte diskutieren. Es geht nicht nur um eine Infrastruktur für die Datennutzung, sondern um ein gemeinsames Leitbild in der Stadt.“

Faire Regeln für den Umgang mit kommunalen Daten

Dedy betonte zugleich, dass es auf gute Rahmenbedingungen ankomme, um kommunale Daten umfassend zu nutzen: „Auch wenn das Potenzial der Daten für die Gestaltung der Städte klar ist, bleibt die Umsetzung

komplex. Kommunales Datenmanagement braucht die passende Infrastruktur, gute Leute in der Verwaltung und eine leistungsstarke Organisation. Und einen zukunftsweisenden rechtlichen Rahmen, der es möglich macht, Daten zu verknüpfen und zu teilen. Dabei muss es faire Regelungen zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor geben.“

Wenn kommunale Unternehmen ihre Daten teilen müssten und private Anbieter nicht, könne es passieren, dass private Unternehmen die Kuchenstücke der kommunalen Daseinsvorsorge unter sich aufteilen. Wo etwa ein städtischer Anbieter Ladesäulen auch in unprofitablen Bereichen betreibt, beschränke sich ein privates Unternehmen möglicherweise auf ein gewinnbringendes Gebiet. Das sei kein fairer Wettbewerb und dränge kommunale Unternehmen ins Minusgeschäft.

Die Studie zeige außerdem, dass technisch offene Standards und standardisierte Schnittstellen nötig seien, um kommunale Daten flächendeckend gut nutzen zu können. „Vernetzte Städte lassen sich nur in Regionen denken. Dafür braucht es den stetigen Austausch, um vorhandenes Wissen zu teilen und von Erfahrungen aller Kommunen zu profitieren. Das kann zum Beispiel in überregionalen Kompetenzzentren passieren“, fordert Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy.

Wir brauchen mehr Frauen in Rathäusern und Stadtparlamenten

Der Deutsche Städtetag fordert von den demokratischen Parteien mehr Engagement, um Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern und sie auf dem Weg in Spitzenämter zu unterstützen. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, sagte der Funke Mediengruppe:

„Wir brauchen mehr Frauen in den Rathäusern und Stadtparlamenten. Denn es tut der Kommunalpolitik gut, wenn die Sichtweisen von Frauen und Männern gleichberechtigt in die Entscheidungen vor Ort einfließen. Dass der Frauenanteil in den Spitzenämtern der Städte seit einiger Zeit wieder rückläufig ist, zeigt, wie schwierig es ist, Wunsch und Wirklichkeit zusammenzubringen. Deshalb ist es Aufgabe der Parteien, ihr Engagement zu

verstärken und mehr Frauen für Wahlämter aufzustellen. Dazu gehören auch Mentoring-Programme und Kampagnen, um Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern.

Durch kommunalpolitische Arbeit können Frauen die Lebensverhältnisse in der eigenen Stadt direkt beeinflussen und verbessern. Das ist attraktiv. Aber wir brauchen in Politik und Verwaltung auch Bedingungen, die es Frauen leichter machen, ein kommunalpolitisches Mandat zu übernehmen. Mehr digitale Formate nutzen, wie wir es durch Corona gelernt haben, oder flexible Sitzungszeiten sind dafür Beispiele. So lassen sich politische Arbeit und Familienalltag besser vereinbaren. Das Potenzial der vielen engagierten und kompetenten Frauen muss besser genutzt werden.“

Partner der Kommunen: Energieberatung der Verbraucherzentrale

Von Schekeb Rezazada

Über 25 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland entfällt auf Privathaushalte. Antworten auf die Frage, wie wir alle sparsamer und effizienter mit Energie umgehen und wo und wie sich in den Haushalten wirksam Energie einsparen lässt, ist deshalb von entscheidender Bedeutung. So wird ein messbarer Beitrag zum Klimaschutz möglich und kann sich jeder und jede an der Energiewende beteiligen.

Die vom Bund geförderte Energieberatung der Verbraucherzentrale unterstützt Bürgerinnen und Bürger und Kommunen auf diesem Weg. Die Beratungen stoßen zudem Investitionen in den Kommunen an und tragen zur Sicherung regionaler Arbeitsplätze im Handwerk bei.

Möglichkeiten von Kooperation

In zahlreichen Städten arbeiten dazu Energieberatung und Stadtverwaltungen eng zusammen. So kooperieren zum Beispiel bereits seit 2016 die European Energy Award-Kommune Wernigerode und die Energieberatung der Verbraucherzentrale. Das gemeinsame Ziel, die Verbesserung der Energiebilanz privater Haushalte zur Einsparung von CO₂-Emissionen, findet sich auch im Klimaschutzkonzept der Stadt wieder. Die Zusammenarbeit fußt auf vielen Maßnahmen wie Aktionen von Energieberatern bei Veranstaltungen, die Übernahme der Verbraucherentgelte für die Beratung als auch die Bewerbung der Beratungsangebote und Vorträge im Amtsblatt sowie den sozialen Medien.



Stadt und Verbraucherzentrale stellen in Wernigerode den „Eignungs-Check Solar“ vor, v.l.n.r. Energieberaterin Stefanie Steinwender, Katrin Anders (Stadt Wernigerode), Energieberaterin Dr. Ute Urban (Foto: Sandra Pech)

Haben wir Ihr Interesse geweckt?

Wenn Sie mit der Energieberatung der Verbraucherzentrale zusammenarbeiten möchten, wenden Sie sich an:

Schekeb Rezazada
Telefon: 030/258 00-172
schekeb.rezazada@vzbv.de

➔ <https://verbraucherzentrale-energieberatung.de>

Die Stadt Nürnberg veranstaltete 2019 in Zusammenarbeit mit der Energieberatung der Verbraucherzentrale und weiteren Partnern einen Abend rund um das Thema „Wie mache ich mein Haus fit für die Zukunft?“. Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Fachgebieten erklärten den interessierten Bürgerinnen und Bürgern wichtige Zusammenhänge für eine energetische Gebäudesanierung, stellten zukunftsfähige Energieversorgungskonzepte vor und informierten über Fördermöglichkeiten. Darüber hinaus wurden an diesem Abend 50 kostenfreie Gebäude-Checks verlost. Geplant ist eine Wiederholung der Aktion im Nürnberger Stadtteil Thon im Juli 2021.

Gemeinsam mit dem Landkreis und der Stadt Osnabrück sowie der Klimaschutz-

und Energieagentur Niedersachsen wurde eine Solarkampagne umgesetzt. In kurzer Zeit meldeten sich über 550 Haushalte für eine Energieberatung, was die Erwartungen aller Beteiligten weit übertraf. Abgerundet wurde das Angebot von Online-Vorträgen zu Solarenergie.

Die Energieberatung der Verbraucherzentrale arbeitete in den letzten Jahren bereits mit über 200 kommunalen Partnern zusammen und würde sich freuen, wenn noch viel mehr Kommunen ihren Bürgerinnen und Bürgern eine unabhängige, kompetente und leicht zugängliche Energieberatung ermöglichen.

Schekeb Rezazada
Verbraucherzentrale Bundesverband

Gütersloh setzt auf elektronischen Abbiegeassistenten

Gütersloh will mit elektronischen Abbiegeassistenten die Sicherheit für die Radfahrenden im Straßenverkehr der Stadt weiter erhöhen. Elektronische Abbiegeassistenten minimieren die oftmals tödliche Gefahr für Radfahrer durch Unfälle im „toten Winkel“ von größeren Fahrzeugen und LKW. Für Neuschaffungen bei Stadtreinigung, Stadtwerken, Feuerwehr und Grünflächen sind die Assistenten Standard, viele ältere Fahrzeuge wurden schon oder werden in den kommenden Monaten nachgerüstet.

➔ www.guetersloh.de



Aktion für Altpapier in Hannover

Altpapier: Viel mehr als Abfall ist eine Aktion in der Region Hannover. Mit verschiedenen Motiven unter anderem an den Müllfahrzeugen will der dortige aha Zweckverband Abfallwirtschaft zeigen, wie wichtig Altpapier als Ressource ist. Die Aktion ist Teil der Kampagne „Müll ist das, was wir draus machen“ und soll zeigen, wie vielfältig Altpapier wiederverwendet werden kann.

➔ www.aha-region.de

Forschungsprojekt zum Radfahren im Winter in Hamburg

Wie lässt sich die subjektive und objektive Sicherheit von Radfahrenden im Winter verbessern und die Attraktivität des Radfahrens in Wintermonaten erhöhen? Welche abtauenden Streumittel eignen sich ohne das damit die Umwelt besonders belastet wird? Antworten auf Fragen wie diese soll bis zum Jahr 2022 das Forschungsprojekt E-WIN liefern, bei dem Radfahrende die Wirksamkeit unterschiedlicher Taumittel bewerten sollen und wo zudem eine wissenschaftliche Begleitung der Ergebnisse vorgesehen ist.

Nach dem Hamburgischen Wegegesetz ist der Einsatz von Tausalz oder von tausalzhaltigen Mitteln bislang nur auf Fahrbahnen zulässig und auch dort so gering wie möglich zu halten. Deshalb werden abgesetzte Radwege zurzeit ausschließlich mit abstumpfenden Streustoffen, nämlich mit Kies mit runder Körnung gestreut.

➔ www.hamburg.de



Foto: Stadtwerke Hamburg

BIS 30.4.2021: AUFBAU GRATIS¹!



Abb. zeigen Sonderausstattung.

Bis zum 30.4.2021 erhalten Sie beim Kauf eines Tropos ABLE Elektrotransporter die Pritsche oder den Koffer L gratis¹.



¹ Anspruch auf einen Gratis-Aufbau (Pritsche oder Koffer L) haben juristische Personen, Kommunen und selbständig Tätige, die im Aktionszeitraum vom 8. Februar 2021 bis zum 30. April 2021 einen Kaufvertrag über ein Neufahrzeug der Modelle Tropos ABLE ST, Tropos ABLE XT1, Tropos ABLE XT2 bei TROPOS MOTORS EUROPE GmbH oder einem teilnehmenden Tropos Vertragshändler abschließen. Wird ein anderer als der in der Aktion angebotene Gratis-Aufbau gewünscht, wird der Listenpreis des Aktionsaufbaus mit dem Listenpreis des Wunschaufbaus verrechnet. Die Pritsche wird entsprechend mit Pritschenaufbauten (Pritsche mit Plane, Pritsche mit Laubgitter) und der Koffer L mit Kofferaufbauten (Koffer XL, Koffer mit Rollo) aus dem Tropos Motors Sortiment verrechnet. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Sollte der Kaufvertrag nachträglich wegfallen entfällt auch der Anspruch auf den Gratis-Aufbau.

Details zur Aktion auf www.tropos-motors.de/aktion-aufbau-gratis. TROPOS MOTORS EUROPE GmbH, Dettinger Straße 157-159, 73230 Kirchheim/Teck


tropos-motors.de

Foto: Werbeagentur Pehl, Rostock



Plakatkampagne in Rostock „Prima fürs Klima – richtig Müll trennen“

Unter dem Motto „Prima fürs Klima – richtig Müll trennen“ ist eine City-Light-Plakatkampagne im Rostocker Stadtgebiet vom 16. bis 30. März 2021 zu sehen. Die Initiative „Mülltrennung wirkt“ möchte damit Fehlwürfe in den Gelben Säcken bzw. in den Gelben Tonnen reduzieren und so die Qualität der Sammlung verbessern. Zum anderen soll die gesammelte Menge an Verpackungen im Gelben Sack bzw. in der Gelben Tonne erhöht werden. Noch immer landen zu viele Verpackungen im Restmüll und gehen damit dem Recycling verloren. Dazu werden die privaten Endverbraucher über den Sinn und Zweck der getrennten Sammlung informiert und zur richtigen Mülltrennung motiviert.

➔ www.muelltrennung-wirkt.de

Wie wurde Chemnitz Kulturhauptstadt? Hintergründe zur Bewerbung

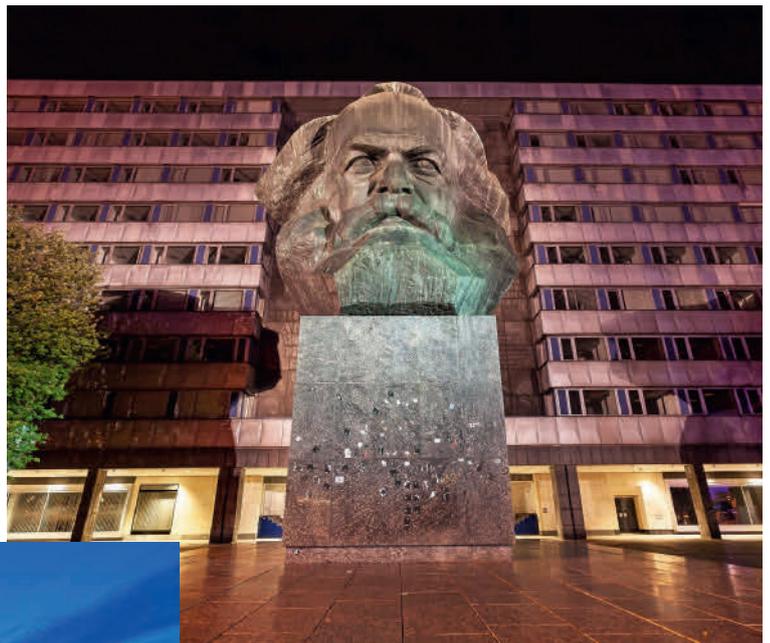
Von Ferenc Csak

Kulturhauptstadt Europas wird man nur gemeinsam

Deshalb hat Chemnitz von Anfang der Bewerbung an einen partizipativen Ansatz gewählt und den gesamten Bewerbungsprozess transparent und bottom up anstatt top down gestaltet. Bereits im Vorfeld der Entscheidung von Chemnitz, sich um den Titel Kulturhauptstadt Europas 2025 zu bewerben, wurde dazu das Votum von Kulturakteuren und BürgerInnen der Stadt eingeholt.

Menschen zusammenbringen, voneinander lernen.

Chemnitz hat sich in einen fortwährenden Lernprozess begeben, der Dezentralisierung als Stärke begreift und damit ein sensibles Instrumentarium für die Stadtgesellschaft bereitstellt sowie ein breites Fundament für die Stadtkultur legt. Seit der friedlichen Revolution 1989 und den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung haben wir in Chemnitz nie mehr so viel bürgerliches Engagement gespürt.



Skater und Biker auf der Freizeitanlage Konkordiapark (Foto: Dirk Hanus)

Karl Marx-Monument (Foto: Lazlo Farkas)

Konzert auf dem Theaterplatz (Foto: Dirk Hanus)

Seite 11: Zuhause-Schriftzug am Brühl (Foto: Dirk Hanus)



Auf Basis der aktiven Beteiligung der Stadtgesellschaft, z. B. bei verschiedenen Workshop-Formaten oder auch im Rahmen des Mikroprojekt-Förderprogramms entwickelte sich – gekoppelt mit der Expertise lokaler und europäischer ErfahrungsträgerInnen – schrittweise das Programm von Chemnitz2025. In den von Bürgerinnen und Bürgern geleiteten Arbeitsprozessen, wofür die Bürgerplattformen in den Stadtteilen von Chemnitz beispielgebend sind, ist ein breiter Querschnitt an der Auswahl und der Entwicklung der Kern-Infrastruktur von Veranstaltungsflächen während des Europäischen Kulturjahres direkt beteiligt.

Mit dem Titelgewinn ist es nun unser Ziel, durch die neu etablierten informellen Beziehungen die „stille Mitte“ direkt anzusprechen dabei aufgeschlossen zu sein und ergebnisoffen vorzugehen. Wir wollen das Potenzial der Gesellschaft aktivieren und die europäischen MacherInnen aus der Mitte der Gesellschaft einladen, unseren virtuellen und analogen Raum gemeinsam zu gestalten. Damit unterscheidet sich das Konzept von Chemnitz2025 wesentlich von denen der früheren Kulturhauptstädte, wie zum Beispiel Lille04, Linz09 oder Ruhr2010. Die Überwindung von sozialen, kulturellen und räumlichen Grenzen

spielt bei den zukünftigen Herausforderungen Europas eine zentrale Rolle.

Auseinanderdriftende Gesellschaft in Europa mittels Kultur versöhnen

Durch Dialog, neue Perspektiven auf Vielfalt, gemeinsame Projekte, die Lust aufs Mitwirken und auf kreative Veränderung machen, aktivieren wir eine neue Selbstwirksamkeit der Bürger*innen als Macher*innen, die in der „Akademie der Autodidakt*innen“ erprobt werden kann. Ab 2021 wird sie zu einem interdisziplinären Experimentierfeld im Bereich politischer Bildung, Kulturvermittlung und künstlerischer Interventionen.

Analoge und digitale Welten in einer gemeinsamen Realität verbinden

Der virtuelle Raum maker-space.eu steht als kreativer Hub im Zentrum unseres künstlerischen Programms und ist der Ort, an dem die Interaktion von Europäischen MacherInnen in der physischen und der digitalen Welt zusammentrifft. In seiner gleichzeitigen Funktion als digitale Identität von Chemnitz2025 stellt maker-space.eu ein Novum dar. Die meisten Kulturhauptstädte Europas stellen ihre Webseiten in den Jahren nach dem Titel



Innere Klosterstraße
(Foto: Dirk Hanus)

ein, während maker-space.eu erhalten bleibt und weiterwachsen kann.

Die so entstehende hybride MacherInnenkultur lädt Kreative aus ganz Europa und der Welt ein, vor Ort tätig zu werden: So hat eine junge Designerin den Designmarkt „hallo handmade“ von Hamburg in die ehemalige Textilfabrik ihrer Großeltern nach Limbach-Oberfrohna verlagert.

Barrieren in Mitteleuropa abbauen

Die in der Blütezeit des Bergbaus auch in Chemnitz entwickelten Technologien und Unternehmensformen prägten staatliche Systeme und gesellschaftliche Umbrüche in Europa ganz entscheidend. Voraussetzung dafür waren Verbindungen wie die mit der Montanregion Erzgebirge, mit der Textilindustrie im nördlichen Umland oder später mit Prag über die mittelalterliche Salzstraße. Auch heute noch basieren die lokalen urbanen und ländlichen Transformationsprozesse auf der Wechselwirkung zwischen dem mitteleuropäischen Raum, der Grenzregion zu Tschechien, der Kulturregion mit 27 umliegenden Kommunen und der Stadt Chemnitz. Dies spiegelt sich auch im Ansatz der Kulturhauptstadt wieder. In der Kulturregion bildet die Projektplanung gemeinsamer Kulturaktivitäten, thematischer Expertenaustausch – speziell auch mit Osteuropa – und Kapazitätsbildung die langfristige Grundlage für eine gemeinsame Kulturstrategie 2030. Im Programmbereich „It’s Moving!“ setzten sich Künstler*innen mit den Leidenschaften der Menschen und ihrem Bezug zu den Traditionen auseinander. Viele Kontakte entstanden über Freiwillige Feuerwehr, Schulen, Sport- und Musikvereine oder MacherInnen-, BloggerInnen- und Computer-Clubs.

Die Reichweite der Europäischen Kulturhauptstadt erstreckt sich in einem Radius von 200 Kilometern bis nach Osteuropa. Eine der wichtigsten Aufgaben für die kommenden sieben Jahre wird der Ausbau von nachhaltigen Partnerschaften insbesondere in den Bereichen Kulturtourismus, Industriekultur, Kultur- und Kreativwirtschaft sowie interdisziplinäre Forschung sein. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf Städten wie Prag, Pilsen und Ústí nad Labem sowie der grenzübergreifenden UNESCO-Welterbe Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří. Auf der deutschen Seite befinden sich Städte wie Dresden, Leipzig oder Weimar in unserem Radius. Europaweit werden wir außerdem mit ähnlichen ländlichen Regionen kooperieren.

Kulturpolitik und „C the Unseen“

Mit dem Motto der Kulturhauptstadt, „C the Unseen“ wird die bewegte Vergangenheit von Chemnitz als eine ungesehene ost-europäische Stadt im westeuropäischen Land erzählt. Damit verbunden ist die Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Wandels und der gesellschaftlichen Umbrüche. „C the Unseen“ bezieht sich aber auch auf die Ungesehenen: Die „stille Mitte“, die sich nach den politischen Ereignissen 1989 und der damit verbundenen Transformationen vermehrt in die Garagen, Schrebergärten und privaten Werkstätten zurückgezogen hatte, tritt aus ihrem Schatten heraus. Nicht zuletzt geht es auch darum, die ungesesehenen Widersprüche in uns selbst aufzudecken und neue Wege zu finden, damit umzugehen. Europäische Themen wie Einsamkeit, Suchterkrankungen und Kinderarmut werden beispielsweise im Projekt „Spaces of Generosity“ aufgegriffen.

Ferenc Csak
Projektleiter Kulturhauptstadt Chemnitz 2025!

Fachkongress des IT-Planungsrats: Dresdner Forderungen zur neuen Verwaltung

Die Mehrzahl der Städte ist mit einem zunehmenden Mangel an Personal und Fachkräften konfrontiert. Der Zeitdruck bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) wächst – bei anhaltender Planungunsicherheit für die Kommunen. Die Erfüllung von Pflichtaufgaben nach Weisung beansprucht die Kommunalverwaltungen stark. Hinzu kommt die enorme Komplexität der Aufgabenbearbeitung und der dafür erforderlichen IT-Prozesse, die die Digitalisierung in den Städten erschwert. Und auf die Städte kommen neue Zukunftsaufgaben zu: nicht nur die Digitalisierung der Verwaltung – auch

die Themen Smart Cities, die Mobilitätswende und weitere mehr.

Mit dem Beitrag „Kommunalverwaltung weiterdenken: Perspektiven über das OZG hinaus“ beim Fachkongress des IT-Planungsrats am 18. März 2021 haben die Städte Essen, Freiburg, Köln, Leipzig, und die Landeshauptstadt München die *Dresdner Forderungen* zur Verwaltung von morgen präsentiert. Diese soll in den folgenden Monaten in einem weiten Kreis von Mitgliedsstädten und weiteren Partnern diskutiert und vertieft werden.

Dresdner Forderungen

- 1.** Verringerung der Komplexität in den Verantwortlichkeiten – Neue Zusammenarbeit gestalten
 - Komplexität der Zuständigkeiten im föderalen System verringern
 - Neue Wege der Zusammenarbeit und der Aufgabenverteilung zwischen Kommunen, Ländern und Bund
- 2.** Kommunale Kernkompetenz: Stärkung der Digitalen Daseinsvorsorge ermöglichen
 - Konzentration auf kommunale Aufgaben – Nutzung des Gestaltungspotenzials im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, z. B. Soziales, Kultur etc.
 - Beratungsleistungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen
 - Demokratische Prozesse stärken
- 3.** Zentrale IT-Verfahren und Prozesse für zentrale Aufgaben: Voraussetzung für KI
 - OneStopShop – IT-Prozesse zur Leistungserbringung von Aufgaben des Bundes/der Länder zentral bereitstellen
 - Zentrale Klärung von Datenschutz, Datensicherheit und Schnittstellen für Fachverfahren
- Zentrale Ausschreibung von Fachverfahren für Aufgaben im Bundesauftrag durch den Bund
- Reduktion und Vereinfachung von Fachverfahren im Zuge von Neuentwicklungen
- 4.** OZG als Treiber für durchgängige Verwaltungsdigitalisierung nutzen
 - Nicht nur Fokus auf das Front End, sondern durchgängige Verwaltungsdigitalisierung
 - Schaffung workfloworientierter, intelligenter Systeme und Dialoge, die Prozesse durchgängig im Back End integrieren
 - Schaffung standardisierter zentraler Basis-komponenten
 - Mittels Standards Kopplung der Fachverfahren mit Realisierung der fallabschließenden digitalen Bearbeitung
- 5.** Nutzerinnen und Nutzer weiter in den Mittelpunkt stellen
 - Zentraler Support für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen zur Nutzung Digitaler Systeme
 - Einfache Nutzung ermöglichen
 - Digitale Barrieren abbauen



Am 28. Mai ist Tag der Nachbarn

Nach dem großen Erfolg der vergangenen Jahre ruft die gemeinnützige nebenan.de Stiftung auch in diesem Jahr wieder dazu auf, am 28. Mai mit einer Aktion seine Nachbarinnen und Nachbarn besser kennenzulernen. Nachbarschaftsfeste im klassischen Sinn sind zwar aufgrund der Pandemie auch in diesem Jahr nicht möglich. Trotzdem gibt es viele Möglichkeiten, um auch unter Einhaltung aller Corona-Regeln das Miteinander zu stärken. Ob Picknick mit Abstand, Hinterhof-Konzert, Balkon-Bingo oder gemeinsamer Spaziergang durch das Viertel – auf der Aktionswebseite ist nun die Anmeldung geöffnet. Wer sich einträgt, erhält ein kostenloses Mitmach-Set. Außerdem finden sich viele Hinweise zu den Corona-Regelungen. Alle Aktionen werden auf einer großen Deutschlandkarte verzeichnet. Teilnehmen können auch Vereine, Kitas, Schulen, Mehrgenerationenhäuser sowie Geschäfte und Cafés aus der Nachbarschaft. Auch zahlreiche Kommunen beteiligen sich.

➤ www.tagdernachbarn.de



Post-Corona-Stadt: Ideen und Konzepte für die resiliente Stadtentwicklung

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) fördert im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 13 Projekte, die nach dem Projektauftrag „Post-Corona-Stadt: Ideen und Konzepte für die resiliente Stadtentwicklung“ ausgewählt worden sind. Bis 2023 stehen dafür insgesamt 3,5 Millionen Euro zur Verfügung. Die Projekte erarbeiten beispielsweise neue Möglichkeiten für die Zukunft der Innenstadt, schaffen Begegnungsräume im Quartier, gestalten Freiräume um, realisieren verschiedene Pop-up-Maßnahmen oder erstellen strategische Konzepte zum Umgang mit Krisensituationen. Neun dieser Projekte werden in Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages realisiert, darunter Aachen, Erlangen, Wittenberg, Weimar, Ludwigsburg, Mannheim, München und Neuruppin, Berlin und Frankfurt am Main.

➤ www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Preis für die kommunale Partnerschaft zwischen Deutschland und Italien

Städte mit italienischen Partnerkommunen können sich bis zum 31. Mai für einen Preis für die kommunale Partnerschaft zwischen Deutschland und Italien bewerben. Der Preis ist mit insgesamt 200.000 Euro dotiert und war von Italiens Präsident Mattarella und Bundespräsident Steinmeier initiiert worden. Ausgezeichnet werden Projekte in den Kategorien Kultur, Jugend und bürgerschaftliches Engagement, Innovation sowie sozialer Zusammenhalt. Insgesamt werden vier Preise vergeben, davon jeweils zwei an kleine und mittelgroße Kommunen (bis zu 40.000 Einwohner) und zwei an größere Kommunen (ab 40.000 Einwohner).

➤ <https://t1p.de/Italienpartnerschaft>

Geburtstage

Wiederwahl



Foto: Stadt Hanau/Fotograf Kai Pfaffenbach

Hanau: Claus Kaminsky, Oberbürgermeister von Hanau, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat steht seit 2003 an der Spitze der Stadt Hanau.



Foto: marzena traber

Fulda: Der Oberbürgermeister von Fulda, **Dr. Heiko Wingendorf**, wurde wiedergewählt. Der Christdemokrat leitet seit 2015 die Geschicke der Stadt. Im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages engagiert er sich seit 2015.



Foto: Stadt Landshut

Josef Deimer, Oberbürgermeister a.D. der Stadt Landshut, feiert am 29. Mai seinen 85. Geburtstag. Er ist seit dem Jahr 2005 Ehrenmitglied des Deutschen Städtetages. Zuvor stand der CSU-Politiker 35 Jahre lang an der Stadtspitze in Landshut und wirkte 20 Jahre im Präsidium des Deutschen Städtetages mit. Viele Jahre war er stellvertretender Präsident des kommunalen Spitzenverbandes. 29 Jahre lang amtierte er als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags.



Foto: Stadt Fürth/Söllner

Oberbürgermeister **Dr. Thomas Jung**, Stadt Fürth, feiert am 5. Mai seinen 60. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2002 an der Stadtspitze. Im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages engagiert er sich seit 2016.



Foto: campaigners Network

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, **Dr. Frank Nopper**, wird am 25. Mai 60 Jahre alt. Der Christdemokrat leitet seit Februar 2021 die Geschicke der Landeshauptstadt. Seit 2005 engagiert er sich im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Foto: Barbara Rötzer

Markus Pannermayr (CSU), Oberbürgermeister der Stadt Straubing, feiert am 28. Mai seinen 50. Geburtstag. Er steht seit 2008 an der Spitze der Stadt Straubing und engagiert sich seit 2013 im Präsidium des Deutschen Städtetages. Seit Sommer 2020 ist er Vorsitzender des Bayerischen Städtetags.



Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya